

„Die Freiheit, die ich meine“

Vortrag von Fritz Schenk in der Berliner „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus“ am 18.06.2001

Vor 48 Jahren um diese Zeit, am 18. Juni abends, herrschte hier in Ostberlin bereits schon Friedhofsruhe. Am Tage zuvor, am Tag des Aufstandes, hat der sowjetische Stadtkommandant Dibrowa den Ausnahmezustand verhängt. Ab 21.00 Uhr war totale Ausgangssperre. Die Russen kündigten an, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Betriebe, Verwaltungen usw. waren angewiesen, spätestens 18.00 Uhr ihre Leute nach Hause zu schicken, damit bis 21.00 Uhr alles dicht sein konnte und niemand mehr auf der Straße war. Das Schlimmste, d. h. das „Schlimmste“ für die Funktionärsschicht, war überstanden.

Ich hab' damals dazugehört. Ich habe im „Haus der Ministerien“ gearbeitet, war Büroleiter von Bruno Leuschner, dem Ersten Planungschef und Wirtschaftsführer der DDR. Wir waren damals dicke beschäftigt mit dem sogenannten „neuen Kurs“ - der sollte ja alles viel besser machen -, und wir sind dann von den Arbeitermassen regelrecht überrascht worden. Und ich sage, daß uns mehr als mulmig war um die Mittagszeit des 17. Juni, denn da war diese Sicherheitskette, die die Angestellten um das „Haus der Ministerien“ und den Platz davor bilden mußten, durchbrochen worden. Die Türen waren von innen zwar verrammelt, aber wir hatten doch einige Bedenken, daß sie die eindrücken könnten. Und wenn die ins Haus gekommen wären, hätten wir um unser Leben bangen müssen, denn die Masse war aufgebracht, und sie wollte klare Verhältnisse. Sie wollte „reinen Tisch“ machen. Insofern sage ich immer wieder, wenn hier im nachhinein auf den 17. Juni angesprochen wird und inwieweit er denn vergleichbar sei mit dem 9./10. November 1989: Für mich steht fest, dass es mit der DDR zu Ende gegangen wäre, wenn die Sowjetpanzer nicht eingegriffen hätten an diesem Abend des 17./18. Juni 1953, eben genauso, wie es dann am 9./10. November 1989 mit der DDR tatsächlich zu Ende war. Daran gibt gar keinen Zweifel. Das heißt, uns wäre, uns allen wäre sehr, sehr, sehr viel erspart geblieben. Es war ein trauriges Schicksal, daß die Russen eben damals die Macht und auch die eigenen psychologischen Möglichkeiten mit ihren Truppen hatten, da noch einzugreifen, was sie – Gott sei Dank! - 89 nicht mehr hatten, und damit wurde das Dasein der DDR verlängert.

Hintergrund – ich hatte es vorhin schon gesagt – war einmal der „neue Kurs“ und der wiederum war Hintergrund dafür, daß ein Jahr zuvor, im Juli 1952, die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz den Aufbau des Sozialismus beschlossen hatte und damit die Funktionärskaste geradezu in eine Euphorie getrieben hatte. Nun endlich Sozialismus! Das war das, wofür sie strebten. Und ich bin damals als Beobachter, als Begleiter meines Chefs unter den technischen Mitarbeitern mit in der Seelenbinder-Halle gewesen, und ich muß sagen, diese Euphorie, diese Begeisterung war echt! Da war nichts gespielt. Und für mich war's so etwas, was die Gänsehaut über den Rücken trieb. Ich hab' mir – obwohl ich damals eben nicht dabei war im Kriege – so ungefähr die Situation vorgestellt, die wir nur aus den Filmen, aus den Nachrichten, aus der Wochenschau kannten: Joseph Goebbels und „Wollt ihr den totalen Krieg?“ – Eine solche Begeisterung ist das gewesen!

Damit bin ich eigentlich beim Kern des Themas „Freiheit, die ich meine“. Was hätte das denn für eine Freiheit sein sollen? Worum ging's da? Was haben die Sozialisten sich eigentlich vorgestellt und stellen sie sich bis heute vor, nicht wahr, was denn dieser Sozialismus bringen soll? Ich habe das Glück gehabt, daß am Abend des 10. November 1989 in Koblenz in der Stadthalle der Jahreskongreß der Exil-CDU war. Lange vorher war mein Vortrag angekündigt. Der Kongreß fand statt, und ich bin dort auch reingekommen wie zu einem großen Volksfest: Die Mauer war gefallen und nun eine helle Begeisterung über das, was passiert war und natürlich ich ganz besonders, da ja mir und Löwenthal nie so richtig geglaubt wurde mit unserer Hoffnung und Zuversicht, daß das System zusammenbrechen und über irgendeine Zeit, die wir natürlich nicht sagen konnten, mal beendet sein wird. Nun war das eingetreten - eine große Euphorie! Und ich habe an diesem Abend den „Ost-Exil-CDUlern“ auf ihrem Parteitag gesagt: Freut euch nicht zu früh! Unser alter Spruch ‚Freiheit statt Sozialismus‘ bekommt jetzt erst Gewicht. Ihr werdet erleben, daß alles Mögliche passiert. Nur, weder die Genossen selber noch diejenigen, die ihnen hier jahrelang hinterhergelaufen sind, werden den Mut

und die Einsicht haben, zu sagen: „Das war auch das Scheitern des Sozialismus.“ Nein, wie sie heute sagen, es war der Stalinismus - angeblich! Sozialismus ist immer noch ein hehres Ziel. Und aus dem Grunde sage ich immer: Wenn ich über Freiheit spreche, müssen wir darüber sprechen, daß Sozialismus und Freiheit sich ausschließen. Sie sind nicht miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Aber die damalige Zeit, also die Euphorie über den Aufbau des Sozialismus hatte sie gefangengenommen, denn – und das ist das zweite – der Sozialismus ist ja im Grunde als marxistisch-leninistische Variante reduziert auf eine dumme, alberne Ersatzreligion. Das ist nämlich das Eigentliche, was sie zusammenhält. „Was sind wir doch klug, daß wir nicht an einen Gott glauben, daß wir nichts einer Vorsehung zuschreiben, sondern wir sind die Wissenden, daß es nämlich einen Gott nicht gibt!“ Das ist ja der Kerngedanke des dialektischen und historischen Materialismus. „Alles ist Materie - ohne Materie ist nichts!“ - Ach, wie klingt das klug! – „Und der Schöpfer, woraus soll er denn was geschaffen haben, wenn ihm nicht schon Materie zur Verfügung stand? Und wenn es die schon gab, brauche ich keinen Gott! Denn von der Materie weiß ich, wie sie sich bewegt, entwickelt, verändert usw.“ ... Sie kennen das alles aus dem „DIAMAT“, und darauf aufbauend natürlich das große Glücksstreben. „Die Gesellschaft ist ergo ursächlicher Bestandteil dieser grundsätzlich materialistischen Welt, ergo entwickelt auch sie sich nach den gleichen Gesetzen. Und so kam dann der historische Materialismus zustande, daß sich diese Gesellschaft gesetzmäßig von der Urgemeinschaft über Sklavenhalterordnung, Kapitalismus, Imperialismus zum Sozialismus hin entwickelt, und wir, die Sozialisten sind die Allwissenden, daß es so gesetzmäßig geht! Ihr kommt sowieso nicht darum herum, aber wir sind diejenigen, die, weil wir im Besitz dieser allmächtigen Wissenschaft sind, der ohnehin eintretenden Entwicklung nur einen kleinen Schubs geben, damit die Menschheit schneller in den Zustand irdischer Glückseligkeit kommt. Das ist ja das, was wir wollen.“

Ja, und das war die Euphorie. Und was wir unterlassen haben, - mit „wir“ meine ich die gesamte westliche Welt, in starkem Maße sogar einen großen Teil der Dissidentenbewegung im Osten – ihnen zu sagen, daß sie einer Schimäre nachlaufen. Die Glaubensidee an den Sozialismus ist nicht, wie Schewardnadse gesagt hat, ein Irrtum von Anfang an, sondern im Grunde ein Verbrechen von Anfang an. Denn ohne die Zerschlagung der bürgerlich-demokratischen Rechtsordnung, und zwar bis in ihre Grundfesten, kriegen Sie Sozialismus nämlich nicht hin. Und das muß ich heute wieder sagen: Wenn die Berliner SPD jetzt mit den PDSlern koalitiert und sie nach wie vor predigen, daß sie die sozialistische Gesellschaft wollen, dann werden sie sich sehr schnell auf die schiefe Ebene begeben und entweder unsere Ordnung zerschlagen oder scheitern, denn demokratisch kriegen sie das nicht hin! Und da liegt, meine verehrten Freunde, auch der eigentliche Kern. Insofern brauchen wir uns über den lieben Genossen Marx überhaupt nicht zu unterhalten. Das ist nämlich schon nicht mehr marxistisch. Der hat seine Jünger in einer fürchterlichen Situation hinterlassen, indem er ihnen nämlich nicht gesagt hat, wie das überhaupt gehen kann mit dem Sozialismus. Denn Marx – bei ihm ist nur nachzulesen, daß Sozialismus die Aufhebung aller bisher bekannten bürgerlichen Ordnung ist, einschließlich aller Eigentumsverhältnisse. Die sollen sich einfach aufheben, in Wohlgefallen auflösen. Bei Marx gibt es nicht einen Hinweis darauf, daß man Sozialismus aufbauen oder schaffen könnte. Nach ihm ist es eine Gesetzmäßigkeit, daß der Kapitalismus einer immer stärkeren und breiteren Zentralisation zusteuert, daß es am Ende nur noch ein paar wenige alleinige Besitzer aller Produktionsmittel und aller Reichtümer gibt und daß einfach nur der Kopf weggeschlagen werden muß und dann gesagt werden kann: „So, und nun ist alles aufgehoben. Jetzt lebt, wie ihr möchtet!“ - Und dann funktioniert das...

Insofern, liebe Freunde, war eigentlich der Marxismus schon am Ende des 19. Jahrhunderts tot. Machen Sie mal den Versuch, lesen Sie mal die wissenschaftliche Literatur der 90er Jahre und des beginnenden 20sten Jahrhunderts. Sie werden in keinem Werk von Gewicht den Namen Karl Marx finden. Der war tot. In der Sozialdemokratie hat ihn Eduard Bernstein zu den Akten gelegt. Die ganze Sache war erledigt. Lenin hat ihn wieder ausgegraben, und damit war es kein Marxismus mehr! Er hat nur seine materialistische Philosophie übernommen und alles andere in eine brutale Machtpolitik übersetzt, in der Sozialismus gemacht wurde von einer kleinen Partielite, so wie es ja dann auch geschehen ist. Und deshalb lassen Sie mich noch einmal sagen, daß das, was aus dem Marxismus übertragen wird, - und das muß man den Sozialisten um die Ohren hauen - eine Schimäre ist. Denn sie predigen ja auch heute immer noch von der Herstellung von gesellschaftlichem Eigentum. Der private Besitz soll abgeschafft werden und das produktive Vermögen vergesellschaftet. Da liegt der Kern der Lüge des Leninismus. Es gibt, liebe Freunde, kein gesellschaftliches Eigentum! Die Gesellschaft kann sich nicht anders organisieren als im Staat. Und wenn ich das private Eigentum abschaffe, wird es Staatseigentum und nicht gesellschaftliches! Da hat gar keiner was. Dann sind wir von den Staatsbürokraten abhängig. Und hat der Staat erst einmal das Eigentum okkupiert, - auch das ist logisch - kommt zwangsläufig Schritt Zwei, nämlich daß ihm damit auch alle Risiken des Wirtschaftens

zufallen, denn es kann nicht mehr privatisiert werden. Und mit Eigentum und Risiken müssen von ihm auch alle Initiativen des Wirtschaftens ausgehen, so daß jene Form des bürokratischen Verwaltens, wie wir sie kennengelernt haben, nicht eine stalinistische Entartung ist, sondern es ist so: Wo Sie auf der Welt beobachten, wo Sozialismus versucht wurde, ist es immer so gelaufen. Es geht gar nicht anders. Und aus diesem Grunde nützt es nichts, hier großes Theater und Versprechungen zu machen und zu sagen: „Ja, die Kapitalisten weg und gerechte Gesellschaft und deshalb Vergesellschaftung des Eigentums!“ – Nein, nein. Es wird Staatseigentum, und dann haben wir das, was Franz Josef Strauß auf seine Art im Bundestag mal den Sozialisten gesagt hat: „Sie wollen die Schaltermgesellschaft! – Alles sich unter den Nagel reißen. Ihre Genossen sitzen hinter dem Schalter und wir alle dürfen davor stehen und Bettelbriefe abgeben. Und dann wird entweder genehmigt oder nicht genehmigt.“ Das ist dann das Ende eines solchen Systems, und anders geht es nicht. Das heißt, wenn wir von den Grundfreiheiten des Bürgers sprechen, dann gehört dazu auch der Besitz von Eigentum, anders geht's nämlich gar nicht. Und Eigentum ist immer persönlich bezogen. Das Wort sagt es schon: „Eigen“ – Das gehört mir! Und das muß in einer freiheitlichen Ordnung wirklich auch Eigentum sein. Ich muß damit umgehen können, wie ich will, und ich muß es vererben können dürfen usw. usf., denn anders geht es nicht.

Der Satz Ludwig Erhards, was Erhard unter sozialer Marktwirtschaft verstand, lautet: „Ich möchte, dass der Bürger sagen kann: ich will mein Leben selber gestalten, ich will meinen Beruf auswählen, will mein berufliches Fortkommen organisieren, will eine Familie gründen, will vorsorgen für meine Familie, will Eigentum erwerben usw. Und du, Staat, Sorge dafür, dass ich das alles auch wirklich machen kann.“ Das ist die Erhardsche Formel der sozialen Marktwirtschaft. Und die sozialistische Konzeption ist das genaue Gegenteil: „Staat, Sorge du für mich, dass ich einen Beruf kriege, dass ich meine Rente habe usw.“ Und das meinte eben auch Strauß mit seiner Schaltermgesellschaft.

Nun lassen Sie mich zurückkommen auf die Erfahrungen aus der DDR und aus dem, was wir, – und da beziehe ich mich mit ein – also jene Funktionäre, schon 1953 gesehen haben, nachdem in Westdeutschland das Wirtschaftswunder angesprungen war, (nämlich) daß wir überrundet werden, daß die DDR mit der Bundesrepublik nicht wird Schritt halten können und daß aus diesem Grunde ein großer Vorteil, den das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet hatte, zu diesem Zeitpunkt bereits verspielt war. Und das ist ein Leib- und Magenthema von mir, es vor allem den Westdeutschen, und zwar den Regierenden auch, immer wieder um die Ohren zu hauen, was sie denn nach der Einheit gemacht haben. Die meisten Westdeutschen – das kenne ich nun nur zu gut – leben immer noch in der Vorstellung: „Ostelbien, das war das große Agrargebiet, da war noch nie richtig Industrie. Und dieses ist ohnehin ein rückständiges Gebiet gewesen. Nun müssen wir eben halt das viele Geld dort reinstecken.“

Dieses war nicht so, meine verehrten Freunde. Deshalb lassen Sie mich noch einmal die Ausgangssituation in Erinnerung rufen: Für die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli – 2. August 1945 hatte ein Gremium internationaler Statistiker unter Beteiligung der Ressortchefs des Deutschen Statistischen Reichsamtes die Ist-Situation Deutschlands in den Grenzen von 1937 errechnet und dieses auf die dann schon festgelegten späteren Besatzungszonen aufgeteilt. Danach betrug die industrielle Pro-Kopf-Produktion des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 im Durchschnitt der Jahre 1938/39, also der letzten Friedensjahre, pro Einwohner rund 600 Reichsmark. Diese Wirtschaftsleistung, industrielle gewerbliche Wirtschaftsleistung, repräsentierten fast genau die späteren drei Westzonen, nämlich 609 Reichsmark. Das Gebiet von Groß-Berlin lag mit 855 Reichsmark wesentlich über dem Reichsdurchschnitt. Die Gebiete jenseits von Oder/Neiße mit nur 249 Reichsmark um mehr als die Hälfte unter dem Reichsdurchschnitt, aber die Sowjetzone lag mit 725 Reichsmark industrieller Pro-Kopf-Produktion sowohl über dem Reichsdurchschnitt, als auch ganz beachtlich über dem Durchschnitt der Westzonen, die ja wegen des Ruhrgebietes immer so dastanden – als das deutsche Herzstück. Und was noch interessanter ist, daß in diesem Bericht festgestellt wird, daß sich diese Grundsituation von 1939 bis Kriegsende sogar noch zugunsten der späteren sowjetischen Besatzungszone verbessert hatte, weil die schweren Bombardements erst in der Endphase des Krieges einsetzten in Mitteldeutschland und deshalb dort bis fast zu Kriegsende noch handfest investiert und modernisiert worden ist und vieles sogar noch in diese Regionen ausgelagert wurde. D. h. die Sowjetzone war industriell sehr viel besser ausgestattet als die drei Westzonen. Und noch etwas kam hinzu. Der Bericht stellt fest, daß diese Gebiete für eine Friedenswirtschaft geradezu prädestiniert seien. Denn während in Westdeutschland vorwiegend die Rüstungs- und Schwerindustrie angesiedelt war, die auf Alliierten-Beschluß weitestgehend geschleift werden mußte, waren in Mitteldeutschland vor allem jene Zweige angesiedelt, die für eine Friedenswirtschaft wie geschaffen waren, also mit der „Autounion“, „DKW“, „Horch“, „Audi“, „Wanderer“ in Sachsen, „BMW“ in Eisenach und „Opel“ in Brandenburg der modernere Teil des deutschen Automobilbaus und

insbesondere dort, in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt konzentriert die einschlägigen Zulieferer. In Mitteldeutschland waren - und das sogar im Weltmaßstab gesehen! - die modernsten Zweige der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Dort war ganz stark konzentriert die graphische Industrie und - was für die Nachkriegszeit noch wichtiger war - dort ist eigentlich die Erfindungsstätte der modernen Verpackungswirtschaft gewesen, was nach dem Kriege eine so große Rolle bekam. Die Automaten, die, von der Milch angefangen bis zu Zigaretten und allem anderen, alle diese kleinen Wunderwerke produzierten, kamen aus dem sächsisch-thüringischen Raum. Die graphische Industrie habe ich schon erwähnt, vor allem aber der graphische Maschinenbau aus Plauen und anderen Zonen in Sachsen, Chemnitz usw., - Rotationsmaschinen, Druckmaschinen usw., die in die ganze Welt gingen - und nicht zu vergessen Glas, Keramik und die Hersteller für Haushalts-, Küchengeräte und Einrichter für Gastronomie und den Handel. In Wiesbaden saß das Hauptwerk von „Linde“. Das hatte Weltgeschichte geschrieben mit der Erfindung der ersten großen Kühlmaschinen. Aber da wurden die Riesenkühlhäuser gebaut, die also bis in die Kriegszeit hinein uns die Rieseneisblöcke für den alten Kühlschrank lieferten, den wir also mit Eisklumpen füllen mußten. Der kleine Kühlschrank für den Haushalt, für die Ladentheke, für die Kneipenbar usw., der kam aus Leipzig, einem Ableger von „Linde“, und in Verbindung mit der thüringischen Möbelindustrie ist fast die ganze Welt mit solchen modernen Ladentheken versorgt worden. Und schließlich, was man nicht vergessen darf: In Mitteldeutschland war eigentlich die Grundlage für den modernen Motorenbau. Denn „Junkers“ in Dessau war nicht nur der Flugzeughersteller im Kriege, sondern Junkers war vor allem ein Motorenbauer par excellence und hatte in der Entwicklung von Großmotoren einen Vorsprung in der ganzen Welt. Nicht zuletzt deshalb haben ja das meiste an den technischen und Forschungs-Unterlagen bereits unmittelbar nach der Eroberung die Amerikaner lückenlos ausgeräumt und nach dem Kriege ganz gewaltig davon profitiert. Was ich sagen will, ist: Diesen Vorsprung, den Mitteldeutschland vor den Westzonen hatte, den wollte Stalin ausnutzen. Das war eine hochwichtige strategische Sache für ihm. Ursprünglich hatte er nämlich gedacht, die Südzone in Deutschland zu nehmen. Da ist bis Jalta noch darüber verhandelt worden. Da hatte nur der Stratege Stalin gedacht, also über die Tschechoslowakei, Bayern und Württemberg hinaus mit seiner Zone den Anschluß gleich an Frankreich zu finden. Das war das, was seinen Ideologen die Köpfe heiß machte und was sie wollten. Er ist dann von den Wirtschaftsstrategen umgestimmt worden. Sie haben ihm gesagt: „Wenn wir den Vorteil haben mit dieser wirtschaftlich modernen Zone dort im Osten, dann jagen wir die ganzen Ostvertriebenen in die Elendsgebiete nach Westdeutschland. Wenn da die 13 Millionen Vertriebenen dazukommen, bricht das in kurzer Zeit zusammen, und dann fällt uns der ganze Westen wie eine reife Frucht in den Schoß.“

Und ich habe in all den Jahren, wenn ich in Süddeutschland gesprochen habe, und da die Klugscheißer immer kamen und sagten: „Ja, also, die DDR ist doch nun Realität und das müßten wir doch anerkennen... usw.“ -, da habe ich gerade das immer betont und gesagt, würdet ihr denn auch „die Realität anerkennen“, wenn Variante 1 des Herrn Stalin angenommen worden wäre und ihr wärt die Sowjetzone? ... Dann machten sie immer furchtbar lange Gesichter, denn auf etwas, was einem nicht wehtut, kann man ja leicht verzichten.

Ich könnte darüber noch eine ganze Menge sagen. Wichtig aber für das, was dann passiert ist, ist ja die Beurteilung der heutigen Politik der Sozialisten/Kommunisten der PDS, wie sie immer noch da sind. Denn gewiß hat dort die sowjetische Demontage- und Reparationspolitik tiefe, tiefe Wunden geschlagen, das ist gar kein Zweifel! Was die alles rausgenommen haben.- Und dennoch muß ich sagen: Gesetzt den Fall, die Sowjetzone hätte am Marshallplan teilnehmen können, und sie wäre in ihrer grundsätzlichen Struktur nicht verändert worden, die Entwicklung in Mitteldeutschland wäre schneller vonstatten gegangen als in den Westzonen. Und daß das nicht so gewesen ist, das geht nun 100 %ig auf das Konto der Kommunisten, denn Ulbricht vor allem war es, - und das habe ich miterlebt - der die Grundstruktur der DDR-Wirtschaft zerstört hat. Er war sich im klaren darüber, daß aus geostrategischen Gründen Stalin wahrscheinlich niemals die deutsche Sowjetzone aufgeben würde. Dann würde er den gesamten Satellitengürtel verlieren. Aber Ulbricht wollte doppelt stricken. Aus dem Grunde hat er die DDR so stark in die Sowjetwirtschaft integriert, daß Rußland auch noch ein natürliches ökonomisches Interesse am Verbleib der DDR haben sollte. Und er hat damit die von mir geschilderte Grundstruktur der mitteldeutschen Wirtschaft zerstört. Wir haben - da rede ich wieder von uns; ich habe ja das alles miterlebt in der Plankommission usw. - bis Mitte/2. Hälfte der fünfziger Jahre die enteigneten Unternehmer ganz bewußt in den Westen vertrieben. Die Kommunisten wollten diese „Klugscheißer“ nicht, die immer alles besser wissen... „Wir sind jetzt die neuen Herren! Weg mit den Kerlen!“ Und als die dann im Westen wieder Fuß faßten, genau ihre Produktionen wieder aufbauten und mehr und mehr ihre Mitarbeiter nachzogen und sie gar die wurden, die die eigentlichen Schöpfer des westdeutschen Wirtschaftswunders waren, - das muß man nämlich mal so sagen - als das dann geschehen war, dann plötzlich merkten sie, daß es so nicht weitergeht und haben die Mauer gebaut, weil sie sonst ebenfalls, schon Anfang der 60er Jahre, den Bach runtergegangen wären.

Meine Damen und Herren, ich komme zurück auf die Uranliegen des Sozialismus und das, was wir eigentlich in die Bevölkerung und - wie ich immer sage – in die jüngere Bevölkerung bringen müssen, damit endlich diese Sozialismus-Schwärmerei aufhört und wir begreifen, daß es sich eben dabei nicht um einen Irrtum von Anfang an handelt, sondern um ein grundsätzliches ideologisch-politisches Verbrechen, was nur der Machtbefestigung einer ganz bestimmten Clique dienen soll. Und deshalb sage ich, was also schon in den frühen, mittleren 50er Jahren unter der ökonomischen Führungsschicht im stillen Kämmerlein hinter vorgehaltener Hand besprochen und an Erkenntnissen gesammelt wurde. Und wenn ich mich heute mit Günter Schabowski unterhalte, auch mit Gerhard Schürer, mit anderen, die also in der Wirtschaft der DDR tätig waren, die sich zurückgezogen haben - und natürlich, um nun nicht von ihren eigenen ehemaligen Genossen verfolgt und weiter diffamiert zu werden als Verräter usw., halten sie die Klappe ... Aber wir haben eben auch nicht verstanden – mit „wir“ meine ich jetzt die westdeutsche Führung - uns diese Leute zu nehmen, sie zu organisieren, ihre Erfahrungen zu nutzen. um zu sagen, warum Sozialismus in die Asche gehen muß und nicht haltbar ist.

Wichtig ist auch, zu wissen, dass der von Marx und Lenin zitierte gesetzmäßige Konzentrationsprozeß des Kapitals Quatsch ist. Das gibt es nicht! Wir haben nicht nur erlebt, daß sich der Mittelstand hält. Wir haben es jetzt sogar mit der neuen Technologie damit zu tun, daß gerade mittelständische Kleine sich immer weiter gründen, daß Großunternehmen mehr und mehr z.T. ganze Bereiche auslagern und also eine breit gestreute Eigentumslandschaft zu sehen ist, was die produktiven Bereiche angeht Also: Der Konzentrationsprozess als ein gesetzmäßiger Vorgang, an dem am Ende einer verschwindend kleinen Zahl von Supermonopolisten ein riesiges, breites, verarmtes und entrechtetes Proletariat gegenübersteht, hat sich als eine dumme Seifenblase erwiesen. Nichts ist dran! Weil es diese Gesetzmäßigkeit nicht gibt, gibt es folglich auch keine Gesetzmäßigkeit, daß gewissermaßen der Sozialismus als ein Naturereignis kommt, ohne daß die Menschen eigentlich was dazutun. Also, nirgendwo ist Sozialismus einfach nur ausgebrochen und hat sich privates Eigentum und haben sich alle bürgerlichen Ordnungen und Rechtssysteme usw. – wie Marx es gesagt hat – einfach „aufgehoben“ ... Nun war nichts mehr da, alle lebten in freier Liebe und freier Gesellschaft und es gab nichts mehr, kein Rathaus, nichts, gar nichts ... Gerade mit dem Zunehmen der Weltbevölkerung und angesichts der Tatsache, daß wir immer enger zusammenrücken mußten, ist die gesellschaftliche Ordnung für das einigermaßen erträgliche Zusammenleben so wichtig, daß es absolut unvorstellbar ist, daß sich Staaten, gesellschaftliche Rechtsordnungen, einfach aufheben. Das ist absoluter Unsinn! Nun muß man dazu noch sagen, die Kommunisten haben uns im übrigen vorgemacht, daß gerade sie die Superstaaten geschaffen haben und alles andere als womöglich staatliche Gewalt aufgelöst haben! Daß es falsch ist, daß es gesellschaftliches Eigentum geben könnte, habe ich vorhin schon gesagt. Es wird, wenn denn privates abgeschafft wird, immer Staatseigentum mit den Folgen: (wie ich ebenfalls gesagt habe): Hat der Staat das Eigentum, hat er die Verantwortung, muß die Risiken tragen, an ihn geht die Planungshoheit, er muß also die Wirtschaft planen und regulieren und reglementieren und wird erleben jenen Superverwaltungsstaat, wie wir ihn im Osten hatten. Falsch ist vor allem, – und damit versuchen sie uns jetzt zu locken – daß es „sozialistische Marktwirtschaft“ geben könne. Denn darin liegt die Unlogik ihrer eigenen Ideologie: Wenn es kein privates Eigentum an Produktionsmitteln, Grund und Boden usw. mehr gibt, also dem Markt alles dies bereits entzogen ist, dann fehlen dem Markt die wichtigsten Regularien überhaupt. Das Bißchen, was wir dann noch an Lebensmittel- und Verbrauchsgütermarkt haben, ist ja keiner! Das ist ein Bruchteil des gesamten Marktgeschehens. Also, sozialistische Marktwirtschaft ohne privates Eigentum ist schlechthin unmöglich und insofern eine Fata Morgana. Die gibt es auch nicht in der sogenannten Arbeiterselbstverwaltung, denn auch sie bleibt eine Fata Morgana. Denn ohne die Beteiligung der Arbeiter am Produktivvermögen hat auch die Selbstverwaltung keinen Sinn. Und ich kann das private Eigentum nicht übertragen, nicht nach einem Schlüssel wie auch immer, ... Das ist das, was ich 1989/90 dem „Demokratischen Aufbruch“ gesagt habe, der sich dann der „Union für Deutschland“ angeschlossen hatte, also Schnur, Eppelmann usw., auch Norbert Walter, dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Die hatten sich nämlich vorgestellt, also nun Volkseigentum tatsächlich herzustellen. Sie wollten also das Gesamtvermögen der DDR saldieren und dann durch 17 Millionen teilen und jedem Bürger vom Greis bis zum gerade geborenen Säugling einen Wertbon geben über das Volkseigentum, und dann wären sie alle Eigentümer. Ich habe damals schon vorausgesagt: Nichts würde das bringen! Es wäre dasselbe passiert, was jetzt in Rußland eingetreten ist: Da gibt es ein paar „Cleverle“, die wissen: Kauf schnell auf, und die anderen, die glauben, sie können die „schnelle Mark“ oder den „schnellen Rubel“ machen.. Und nach kurzer Zeit gab es wieder nur eine Handvoll alleiniger Besitzer dieser Coupons, und bringen tun sie nichts. Denn Eigentum bedeutet ja, daß sie dann eben auch die Mittel für Investitionen selber erwirtschaften müssen. Und da haben wir die längsten Gesichter bei den lieben Herz-Jesu-Marxisten gesehen. – „Wieso denn das? Der Staat – der muß uns doch nun ..“ -

Nix is! Dazu ist der Gewinn da! Und aus dem Gewinn müßt ihr eure Investitionen selber erwirtschaften. Das waren für sie völlig „böhmische Dörfer“. Wieso denn das? Gewinn ist ja was Fürchterliches. Das hat doch früher der Kapitalist nur immer in die eigene Tasche gesteckt! ...,Also, auch diese Formen sind eine Fata Morgana und sind völlig indiskutabel!

--Und damit komme ich eigentlich... (Zwischenruf: “Da hätten wir den Gysi heute abend einladen sollen!”) – Ja. Ja, ich hätte das gerne einmal, wenn er da ist, angebracht

Damals, wir erinnern uns, 1957 beim Start des ersten Sputnik, waren ja die Sozialisten nun also im 7. Himmel, sie sagten, dies sei der Beweis, dass also gerade der sozialistische Staat Innovation, Forschung, moderne Entwicklungen usw. viel besser und schneller auf den Weg bringen könnte als die Kapitalisten! Das ist der Hauptirrtum! Denn - abgesehen vom Diebstahl bei dieser Raumfahrt-Technik, sehr viel Eigenes ist nämlich bei den Russen nicht dageblieben, und dabei ist es dann auch stehengeblieben-, aber selbst abgesehen davon: Ich komme ich immer wieder darauf zurück und sage: Kein Staat, keine Behörde, keine noch so große, dicke machtbesessene Einrichtung wäre je auf den Gedanken gekommen, den Befehl zum Bau oder der Erfindung der Dampfmaschine, des Dieselmotors, des Webstuhls oder jetzt gar des Computers, der Glühbirne – was es immer gewesen ist – zu geben. Alle bahnbrechenden Erfindungen, meine Damen und Herren, sind im „stillen Kämmerlein“ von Tüftlern und Bastlern entwickelt worden. Und meist haben sich die Staaten nachher noch dagegen gestellt, bis es nicht mehr anders ging. Also, zu glauben, daß Innovation, Verbesserung, Fortschritt usw. von solchen Staatsbürokratien kommen könnten, ist nun erst recht absoluter Unsinn.

Und das führt dann am Ende zu dem Punkt, dass die Sozialisten gesagt haben, es ginge doch darum, alles sicher zu machen, eine Welt ohne Risiko, alle Risiken abdecken und alles gerecht verteilen usw. Das hat den Risiko-Begriff völlig in sein Gegenteil verkehrt. Denn normalerweise ist das Risiko beim Menschen eine Entwicklung, eine Bewegung, ein Antrieb, um nach vorne zu kommen – nicht, um nicht auf die Nase zu fallen. Sondern Risiko eröffnet ihm meist weitere Möglichkeiten, und wenn ich von vornherein alle Risiken ausschließen will, dann unterdrücke ich jegliche Entwicklung, jeden Wettbewerb usw. Also das ist das, womit sie uns jetzt nun wieder einfangen wollen – also ohne Risiko und allseitige Gerechtigkeit usw. usf.

Meine Damen und Herren, ich kürze das jetzt ab. Wir können uns noch lange darüber unterhalten. Aber was ich noch sagen muß, ist natürlich, daß in diese Betrachtung natürlich unbedingt hineingehört, was denn diese wunderbare Entwicklung und Wirtschaft und das, was sie sich alles gedacht haben, uns am Ende zurückgelassen hat, welchen Trümmerhaufen wir abzuräumen haben. Ich hatte vorhin gesagt, was das Gebiet der DDR einmal gewesen war – der mitteldeutsche Wirtschaftsraum. Was nun hat diese DDR uns am Ende hinterlassen? Und das ist Gott sei Dank nachzulesen, erhalten geblieben. Und ich habe mir die Finger wundgeschrieben, ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie viele Telefonate ich geführt und immer wieder die Leute in Bonn - also noch die Kohl-Administration – aufgefordert habe: Nun bringt doch endlich mal den sogenannten „Schürer-Bericht“ mit rein bei die „Berichte zur Lage der Nation!“ Denn das ist ja das Entscheidende: Nach der Absetzung von Honecker hat mit Datum vom 18. Oktober der neue Chef, Egon Krenz, den Planungschef Gerhard Schürer, Herrn Schalck-Golodkowski, Außenhandelsminister Beil, Notenbankpräsident bzw. Staatsbankpräsident, Investitionspräsident, Chef der Statistik – es waren 7 führende Leute – zusammengebunden, ins „stille Kämmerlein“ eingeschlossen, um nun der neuen Führung so schnell wie möglich – und das war geschehen bis zum 28. Oktober, da haben sie das abgeliefert – einen ungeschminkten Bericht über die wirkliche Wirtschaftslage der DDR vorzulegen. Das haben die getan. Der Bericht liegt vor. Herr Krenz hat den damals zwar sofort eingesammelt und ins geheime Parteiarchiv verbannt, hat die Ausarbeiter dieses Berichts verdonnert, auf der bevorstehenden ZK-Tagung – das ist jene gewesen am 7./8./9. November, von der aus dann die Konfusion zur Mauereröffnung kam, da haben die gerade zusammengesessen und über das alles beraten – dort also wurden diejenigen, die an diesem Bericht mitgearbeitet hatten, dazu verdonnert, ja nicht zu sagen, wie das aussieht, sondern Krenz hatte sich vorbehalten, selber daraus etwas vorzutragen. Er hat das sehr vorsichtig getan, und wenn Sie das Protokoll dieser ZK-Tagung nachlesen, dann war selbst das, was er abgeschwächt und mit vorgehaltener Hand nur so angedeutet hatte, wie schlimm das aussieht, ja schon der Grund, daß ihn die Stalinisten in die Mangel nahmen und ihn auf der ZK-Tagung in die Pfanne gehauen haben und gesagt haben, er mache die DDR nur schlecht, weil er den Rücken frei haben wollte für seine Kungeleien mit Westdeutschland. Und das gibt's nun also nicht! Wir kommen selber aus dem Schlamassel wieder heraus!...

Und deshalb ist da immer Verschwiegenheit ausgebreitet worden. Der Bericht ist nie in einem Dokument der Bundesregierungen erwähnt worden - bei Kohl nicht, bei Schröder nicht -, um mal genau zu sagen, was uns denn diese DDR hinterlassen hat.

Und da wurde erstens festgestellt, daß die DDR nur noch ein Drittel der Produktivität pro Kopf Westdeutschlands bringt und daß das bedeutet, daß sie einen Arbeitskräfteüberhang von etwa 2 Millionen Beschäftigten habe. Sie hatte damals reichlich 6 Millionen Berufstätige. Ein Drittel überflüssig. Das trifft aber noch nicht den Kern der Sache. Diese Funktionäre konnten, weil sie ja noch im Apparat waren, gar nicht die ganze Wahrheit sagen. Wenn Sie nämlich die 1 Million Systemfunktionäre dazunehmen, von der Stasi über die Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre, Frauenbüros, Kampfgruppenbüros und alles, was die volkseigenen Betriebe noch mitschleppen mußten, wäre nochmal eine Million zustande gekommen. Also, man kann davon ausgehen, daß es eigentlich, wenn man realistisch hätte wirtschaften wollen, von heute auf morgen 3 Millionen Arbeitslose hätte geben müssen. So ist es.

Zweitens: - Ich zitiere immer noch aus dem Schürer-Bericht – Mehr als 60 % der industriellen Ausrüstungen haben einen Verschleißgrad von 60 %. Mehr als 30 % der Produktionsanlagen sind älter als 60 Jahre.

Drittens: Das Gesamtvolumen des Investitionsplanes 1989 liegt unter 60 Milliarden Ostmark, was nicht einmal mehr die dringendsten Reparaturen zuließ und Neuinvestitionen geradezu ausschloß. Im Gegensatz dazu muss man sich vergegenwärtigen: Beim ersten angelaufenen Aufbauprogramm Ost betrug die allgemeinen Investitionen etwas mehr als 120 Milliarden, aber nun harte Mark, wozu noch einmal 150 Milliarden pro Jahr aus dem Hilfsprogramm des Bundes kamen. Nicht dazu gerechnet die Landesmittel, die nach und nach anliefen, nicht gerechnet auch die Europamittel. Also das heißt: Was die in Ostmarkt hatten, wurde allein im ersten Jahr nach der Wende vervierfacht! Nun allerdings in harten Groschen!

Nächster Punkt: Die DDR hat eine innere Verschuldung von 200 Milliarden Ostmark, was praktisch die Wertlosigkeit aller Sparguthaben der DDR-Bürger bedeutet, denn die Gesamtsparksumme umfaßt etwa diese Summe. Ist nachzulesen!

Nächster Punkt: Die DDR ist außenwirtschaftlich mit 50 Milliarden Valuta-Mark überschuldet, kann für 1990 den Schuldendienst nicht mehr erfüllen und müßte gegenüber dem internationalen Währungsfond die Zahlungsunfähigkeit erklären, was bedeutet, daß damit die DDR ihre außenwirtschaftliche Souveränität verlieren würde. Steht da drin, das haben sie erkannt!

So, und nun sage ich Ihnen noch etwas am Rande, was also interessant ist für diese ganze Geschichte: Wir wissen ja, welchen Ärger es gegeben hatte 1983 mit dem ersten Milliardenkredit von Franz Josef Strauß, mit Schalck eingefädelt, der sicher die DDR über die schlimmsten Hürden gebracht hat – gar keine Frage! 1985, nur 2 Jahr später, waren es schon wieder 2 Milliarden mehr, nämlich da hat sie noch mal 3 Milliarden bekommen. Und 1989 traf sich Bundeskanzler Kohl, von Prag kommend, in Dresden - wo er am Abend vor der Frauenkirche die berühmte Rede gehalten hat - im Hotel „Bellevue“ mit Herrn Modrow. Und da wollte Modrow 15 Milliarden haben kurzfristig. Können Sie sich erinnern? Er bat um einen schnellen kurzfristigen Kredit von 15 Milliarden – Das sind genau die 15 Milliarden, die sie für den Schuldendienst brauchten. Denn die erste Milliarde von 1983 und die nächsten 3 Milliarden von 1985 – davon ist keine Mark in die DDR geflossen – die hat die Deutsche Bank als Konsortialverwalterin der DDR-Schulden gleich an die Gläubiger verteilt, damit sie wieder neue Schulden machen konnte. Und genauso wäre sie mit den 15 Milliarden verfahren. D.h. um überhaupt ab Januar atmen zu können, hätte sie sie eigentlich unbedingt gebraucht.

Ja, und dann kommt der allerschönste Brocken: Die DDR hat darüber hinaus einen Kaufkraftüberhang von 6 Milliarden DDR-Mark. Kaufkraftüberhang heißt in der östlichen Terminologie, daß Löhne, Gehälter, Renten, also die Privateinkommen der Bürger um 6 Milliarden höher waren als der zur Verfügung stehende Warenfond als Angebot in den Geschäften. Und sie sagen natürlich zu Recht, das würde bedeuten, daß wir entweder die Einkünfte um diese Summe senken müssen oder wir müßten die Sparguthaben der DDR-Bürger sperren, damit es nicht zu einer galoppierenden Inflation kommt. Aber was immer wir auch tun, all diese Maßnahmen – so klug waren sie, das haben sie gesehen – würden die DDR – wörtlich steht das drin – unregierbar machen. Da waren sie angekommen.

Und nun sage ich Ihnen eins, meine Damen und Herren, was ich immer bedauere, ist, daß eben in dem ganzen Eifer – Geschichte kann man auch nicht zurückdrehen – es nach meinem Dafürhalten deshalb mit der allgemeinen Entwicklung unglücklich verlaufen ist, weil wir bereits im März die Volkskammerwahlen hatten. Ich hatte mir gewünscht: – Und soweit ich konnte, habe ich damals meine Gesprächspartner gedrängt - Macht's umgekehrt! Fangt mit freien Kommunalwahlen an, bildet dann die Länder und macht anschließend die Volkskammerwahlen! Dann hätten nämlich die Herren Krenz und Modrow spätestens im Mai den Konkurs der DDR erklären müssen. Das hätte uns sehr viel

Ärger erspart. Dadurch aber, daß sie sich bereits im März aus der Verantwortung gestohlen haben und Herrn de Maiziere das alles überliehen, standen sie hinterher so da, als sei gar nichts gewesen.

Und das sage ich Ihnen: Nicht dieses ihnen permanent um die Ohren gehauen zu haben und ihnen täglich wieder um die Ohren zu hauen, das halte ich für eines der ganz wesentlichsten Versäumnisse der gesamten westdeutschen Politik, die – und das muß ich auch immer wieder sagen – natürlich von all dem auch keinen blassen Schimmer hatte. Und es ist nicht so, daß das alles nicht bekannt war. Wir haben ja die Experten auch immer wieder geholt ins ZDF-Magazin, Staats- und Völkerrechtler, Wirtschaftswissenschaftler, Blumenwitz, Hermann von Berg und Jens Hacker, Seiffert und Werner Obst, oder Bürgerrechtler, wie Siegmund Faust. Auch in meinem letzten Buch, herausgekommen im Frühjahr 1989, steht das drin, was hier im Schürer-Bericht zu lesen ist. Ich habe Schürer hinterher, als wir uns wiedergesehen haben, angefaßt und habe gesagt: „Du hast von mir abgeschrieben, du Schurke!“

Wir haben es gewußt, aber der Westen hat es nicht wissen und - soweit wir es ihnen gesagt haben - nicht wahrhaben wollen. Es wurde einfach negiert.

Ich komme abschließend noch einmal auf den Kernpunkt zurück: „Freiheit, die ich meine“ – Der eine Teil ist der, den wir tagtäglich leben. Es ist die Ordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der demokratisch-parlamentarisch verfaßte Rechtsstaat, das höchste Gut, was wir Deutschen nach dem 2. Weltkrieg bekommen haben und was wir mit Zähnen und Klauen verteidigen sollten. Und dazu gehört, meine verehrten Freunde, daß ich an der repräsentativen Demokratie mit allem festhalten möchte. Wehe uns, wenn wir uns einlassen auf so eine „Meinungsumfragenwahlgesellschaft“. Dann rutschen wir auf schnellstem Wege in das innenpolitische Chaos, und dann würde ich für die Nachkriegsordnung Deutschlands nicht mehr die Hand ins Feuer legen.

Dies ist deshalb vor allem auch so gefährlich, weil wir das größere vereinte Deutschland - für ganz Europa mit unserer Wirtschaftskraft, mit unserer Bevölkerungsgröße und dadurch, daß wir nun mal die zentrale Lage in Europa haben, ja auch eine unerhörte große Verantwortung für ganz Europa tragen. Stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, Europa würde an einer deutschen „Schluderkrise“ von der Wirtschaft bis zur Innenpolitik hin mit ins Strudeln kommen, dann würde uns, nach dem 1. und 2. Weltkrieg ein drittes Mal eine europäische Katastrophe ausgelöst zu haben, überhaupt nicht mehr entschuldigt! Wir müssen es, schon im Interesse auch unserer Nachbarn, und das ist unsere neue Aufgabe.

Aber dazu gehört natürlich mehr. Dazu gehört vor allem die Verteidigung der Freiheit auch in Wort und Schrift und Information – uns zu informieren und sagen zu können, was wir wollen. Und da tut es mir leid, meine Damen und Herren, sind wir ganz, ganz stark auf der abschüssigen Bahn. Ich behaupte schlechthin, daß wir keine uneingeschränkte Informationsfreiheit mehr haben! Und dies betrifft nicht nur die Zustände über unser eigenes Land. Also, wenn man – wie ich – nun auch durch Verwandtschaft und früher schon durch den Beruf sehr viel z.B. in Amerika und mit Amerika zu tun hat, dann ist es für mich haarsträubend, daß unsere gesamte Amerika-Berichterstattung eigentlich nur eine verlängerte Innenpolitik ist. Über Amerika selber erfahren wir im Grunde gar nichts. Und das geht bei den anderen ähnlich weiter. Wir werden ideologisch dominiert von eben der „political correctness“, dem Gutmenschentum. Und die schreien uns nun ununterbrochen zu, daß wir nun sofort und immer gegen rechts, rechts, rechts sein müssen. Und dann haben wir diese schönen Verkleisterungen. Da wird also von den Linksradikalen verharmlosend von „Autonomen“ gesprochen. Das sind Autonome. Aber drei Glatzköpfe, die da mit ihren dummen Springerstiefeln stehen – das sind immer Rechtsextremisten. Selbst wenn sie es gar nicht sind, aber sie sehen auf jeden Fall so aus, und so stellen wir sie uns vor. Und dann haben wir endlich welche, gegen die wir nun antreten können. Also dies fürchterliche Verdrehung und die Desinformation der Bevölkerung ist eine schlimme Entwicklung, die wir beseitigen müßten. Und da sind wir alle aufgerufen. Ich weiß, wenn ich immer wieder sage: Leserbriefe schreiben, anrufen usw.... (Zwischenruf: Ach, das nützt doch nichts!) Ja, ja, ja, ich höre das ja. Ist ja völlig richtig, ich weiß es ja auch! Aber trotzdem: Gar nichts machen, ist noch weniger! Gar nichts machen, ist noch weniger! Wir müssen es trotzdem tun und dürfen uns nicht entmutigen lassen. Das ist der Punkt.

Und dann komme ich zu einem Dritten, und das sage ich in unsere Jahrgänge hinein. Darüber rede ich mir die Zunge fusselig, wo immer ich hinkomme: So Sie „erwachsende“ Kinder haben, Enkel oder schon erwachsene, und die ziehen von zu Hause aus, und sie gehen in die neue Wohnung oder sie nehmen einen Studienplatz auf – schenken Sie sofort ein Jahresabonnement einer guten Zeitung! Und keinen Fernseher! Glauben Sie es mir: Lesen macht süchtig! Wer erst mal daran gewöhnt ist, will sie dann auch weiter haben, denn er wird nur noch über gute Zeitungen informiert. Ein wichtiger Punkt, da etwas zu tun. Denn die elektronischen Medien – und dazu kommt nun noch dies verfluchte Internet

und was da alles noch so untergejubelt wird -, sie alle bereiten immer mehr Desinformation. Aus diesem Grunde müssen wir das machen...

Und dann schließlich ein ganz wesentlicher Punkt. Wir sind ja hier zusammen und sind schon mal nicht allein. Ich reise in diesen Sachen herum und ich kann Ihnen sagen, ich bin eigentlich ganz zuversichtlich. Diese Mobilität der Bürger, sich nicht mehr damit abzufinden, nur noch so von oben herab versorgt zu werden, sich in politischen Gruppierungen wieder zu treffen und vor allem – das ist das, was ich heute hier vermisse – jüngere Menschen mitzuziehen... - Wir müssen sie mit daran gewöhnen. Das ist außerordentlich wichtig, denn regiert werden wir ja immer. - Die Frage ist nur, von wem. Und da müßten wir versuchen, ein bißchen was mit dazuzutun.

Ich bringe zum Schluß eine Anekdote und komme damit noch einmal auf das Wirtschaftliche zurück. Die Sozialisten, die uns ja immer so schön vorgemacht haben, wie sie denn das Himmelreich auf Erden herstellen wollten, haben in diesem Jahr zwei ganz wichtige Jahrestage. Der eine ist natürlich vor allem in Berlin wichtig: 40 Jahre Mauerbau. Ein weiteres Datum dieses Jahres wird garantiert vergessen, nämlich, daß in dem gleichen Jahr – 1961 - der letzte Chruschtschowsche, der 22. Parteitag der KPdSU, stattfand. Und auf diesem Parteitag beschloß die Kommunistische Partei der Sowjetunion – der ging über 3 Wochen. Es war der größte, den es je in der Geschichte der KPdSU gegeben hat – das Zukunftsprogramm des Kommunismus bis zum Jahr 2000. Es hat einen solchen Überschwang noch nie gegeben! Und nach diesem Programm sollte die kommunistische Gesellschaft bis zum Ende des Jahrhunderts eigentlich schon geschaffen werden. Bis zu Beginn der 80er Jahre wollten sie die westlichen, die fortgeschrittensten westlichen Gesellschaften, auf allen Gebieten der Produktion und Versorgung überholt haben. Mit dem Übergang in die 90er Jahre sollte die Überflußgesellschaft hergestellt sein und für Grundnahrungsmittel, öffentliche Verkehrsmittel, den Grundwohnbedarf und Urlaub und alle möglichen Dinge die Bezahlung abgeschafft werden. Und mit dem Übergang ins neue Jahrtausend sollte das Geld als allgemeines Entlohnungs- und Zahlungsmittel abgeschafft sein. Da wollten sie im Kommunismus leben.

Nun kann ich sagen: Das haben sie erreicht. In Rußland haben die meisten schon kein Geld mehr, könnte man sarkastisch sagen. Und das, meine verehrten Freunde, war nämlich der eigentliche Hintergrund auch mit für die Mauer. Das haben die meisten gar nicht geschnallt! Denn es ist auch ganz selbstverständlich: Der Wohlstandsbegriff der Sozialisten unterscheidet sich diametral von dem, wie wir ihn allgemein haben. Individuellen Wohlstand – den sollte es nicht geben. Das war ein kollektiver Wohlstand, von der Partei verordnet. Und es ist doch ganz selbstverständlich: Wenn das dann so gewesen wäre: Sie gehen einfach nur in den Laden, nehmen das Brot mit und nehmen die Jacke vom Haken und sie setzen sich in den Zug und fahren an die Ostsee oder irgendwohin... – daß Sie in ein solches Gebiet nicht die fürchterlichen Kapitalisten reinlassen konnten! Das mußte abgeschottet werden!

Wohlstand unter sozialistischen Verhältnissen ist ohne Mauer und Stacheldraht nicht möglich! Und das war das Lockmittel dafür, sich darauf zu freuen, daß wir nun zielstrebig in die kommunistische Gesellschaft marschieren, meine Damen und Herren.

Und auch das müssen wir den Gysis und Genossen um die Ohren hauen. Was habt ihr denn eigentlich gemacht? Ist das alles vergessen? Waren das alles Seifenblasen? Da wird immer gesagt, Entschuldigung, es war nicht so, wie wir wollten. Aber jetzt machen wir es nochmal, und dann machen wir es demokratisch und dann werdet ihr sehen, wie schön das wird. Also, das ist das Entscheidende, daß wir sie nicht herauslassen dürfen aus ihren Wahnsinns-Irrtümern mit all den Folgen, die es gab für die Menschen.

Es ist gerade mein verehrter Freund Graf von Schwerin gekommen. Wir sind beide auch sehr aktiv in der Frage der Wiedergutmachung gegenüber den Enteignungsopfern in den neuen Ländern. Ich habe Ihnen einleitend ja geschildert, was Mitteldeutschland als Industrieregion einmal gewesen ist. Die meisten dieser Unternehmer sind vor allem im süddeutschen Raum wieder tätig geworden, was vor dem Kriege ein fürchterlich armes Gebiet gewesen ist. Ich sage immer wieder: Wenn den Enteigneten ihr Eigentum großzügig zurückgegeben worden wäre, hätten wir die florierende Wirtschaft in den neuen Ländern! Es hätte alles nur halb so viel gekostet und wir hätten vor allem diese ganze Debatte nicht, die wir jetzt immer wieder führen müssen. Es wäre eine harte politische Entscheidung gewesen, und dann hätte sich das überzeugendere Beispiel durchgesetzt. Dort, wo es gemacht worden ist, hat es sich nämlich durchgesetzt, nämlich in den wenigen Fällen, wo die Leute ihr Eigentum zurückgekauft haben.

Übrigens ein unmöglicher Rechtszustand, meine Damen und Herren! - Stellen Sie sich mal vor: Wenn das allgemeine Rechtsgrundlage wird! Da wird Ihnen morgen Ihr Auto geklaut und übermorgen kriegen Sie Nachricht, wir haben es wiedergefunden. Sie können es zu dem und dem Preis

zurückkaufen! Das ist nämlich die reale Situation! Das ist unser Rechtsstaat! Dahin ist der verkommen, meine Damen und Herren!

Und aus dem Grunde ist der weitere Punkt: Beim Engagement – lassen Sie sich nicht weiter manipulieren, nicht weiter ausnehmen, sondern achten Sie auch in dieser Beziehung mit auf die Wiederherstellung des Rechts in Deutschland, denn das gehört zu der „Freiheit, die ich meine“.

Siehe auch:

Fritz Schenk: „Ein schwieriger Aufholprozess“ in: „Junge Freiheit“ Nr. 25 v. 15.06.2001, S. 14

Der sogenannte Schürer-Bericht ist abgedruckt in: „Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland“, Nr. 10, Oktober 1992, S. 1019-1039, 1112-1120.